

- die strenge Kontrolle über die sachlich richtige und termingemäße Bearbeitung der Eingaben,
- die Erarbeitung qualifizierter Eingabenanalysen und ihre Auswertung für die Leitungs- und Planungstätigkeit.

11 o Bei der Bearbeitung der Eingaben ist eine enge Zusammenarbeit mit den Ausschüssen der Nationalen Front der DDR, den Gewerkschaften sowie den anderen gesellschaftlichen Organisationen erforderlich. Die Organe des Staatsapparates haben vor allem auch die Abgeordneten der Volksvertretungen bei der Bearbeitung der an sie gerichteten Eingaben zu unterstützen.

Die hohe Bedeutung der Eingaben der Bürger findet ihren Ausdruck auch darin, daß die Eingaben und die Ergebnisse ihrer Bearbeitung in allen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, Kombinat, Genossenschaften und Einrichtungen regelmäßig auszuwerten und für die Verbesserung der Arbeit zu nutzen sind. **Die Eingabebearbeitung ist in den staatlichen Leitungs- und Planungsprozeß zu integrieren.**¹⁶ Die Ergebnisse und Schlußfolgerungen daraus sind sowohl bei der Jahres- und Fünfjahresplanung als auch bei der Vorbereitung, Durchführung und Kontrolle staatlicher Entscheidungen zu berücksichtigen. Sie sind ebenfalls Bestandteil der Rechenschaftslegungen und Berichterstattungen der Organe des Staatsapparates vor den Volksvertretungen, den übergeordneten Organen sowie vor den Bürgern.

Der Ministerrat befaßt sich regelmäßig mit der Analyse der an ihn gerichteten Eingaben und mit der Eingabenarbeit im Staatsapparat generell. Ebenso ist es ein Schwerpunkt in der Tätigkeit der ABI, die Eingaben der Werktätigen sorgfältig zu prüfen und darauf Einfluß zu nehmen, daß die Leiter diese gewissenhaft und entsprechend den Rechtsvorschriften bearbeiten. In der Volkskammer besteht ein Ausschuß für die Eingaben der Bürger, der zahlreiche Untersuchungen über die Eingabebearbeitung in den staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen durchführt. Der Ausschuß unterstützt an Ort und Stelle die Verwirklichung des Eingabengesetzes und wertet die dabei gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse für zentrale staatliche Entscheidungen aus. Auch die örtlichen Volksvertretungen sind verpflichtet, die Ergebnisse der Eingabenarbeit für die staatliche, ökonomische, kulturelle und soziale Entwicklung in ihrem Territorium auszuwerten. Die örtlichen Räte haben die Pflicht, den Volksvertretungen regelmäßig, insbesondere im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Pläne oder anderer wichtiger Beschlüsse, über Schwerpunkte der Eingaben zu berichten.

5.1.6. Die Stellung der Ausländer und Staatenlosen im Verwaltungsrecht

Jährlich halten sich mehrere Millionen Menschen auf dem Staatsgebiet der DDR auf, die keine Staatsbürger der DDR sind. 1976 waren es über 9,5 Millionen Besucher aus dem Ausland. Die meisten von ihnen befinden sich zu kurzfristigem oder zeitweiligem Aufenthalt in der DDR (z. B. zum Studium, zur Facharbeiterausbildung, als Spezialisten ausländischer Wirtschaftsunternehmen, als Journa-

¹⁵ Vgl. R. Opitz/G. Schübler, »Die Bearbeitung der Eingaben der Bevölkerung als Bestandteil der staatlichen Leitungstätigkeit«, Staat und Recht, 1978/3, S. 220 ff.